

<https://apollo-news.net/globaler-atom-pakt-die-maximale-demuetigung-fuer-deutschlands-energiepolitik/> 3.12.2023

Globaler Atom-Pakt: Die maximale Demütigung für Deutschlands Energiepolitik

22 Staaten beschließen auf dem Weltklimagipfel, die Kernkraft massiv auszubauen. Über die deutsche Energiepolitik entlädt sich sogar Spott. Dennoch sehen die Grünen Deutschland weiter als „Vorreiter“.

Eine Gruppe von 22 Nationen plant, die Energieerzeugung aus Atomkraft deutlich zu erhöhen. In einer gemeinsamen Stellungnahme, die am Samstag auf der Weltklimakonferenz veröffentlicht wurde, erklären Länder wie Frankreich und die USA, dass die Kapazitäten weltweit bis zum Jahr 2050 verdreifacht werden sollen. Der US-Klimabeauftragte John Kerry machte deutlich, dass Klimaneutralität ohne Kernkraft „nicht erreichbar“ sei. Auch Kanada, Japan, Großbritannien und mehrere andere europäische Nationen haben sich diesem Abkommen angeschlossen.

Deutschland gehört wenig überraschend nicht zu den Unterzeichnern des Papiers. 2011 wurde unter der Schwarz-Gelben Koalition der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen; 2023 wurde dieser durch die Ampel endgültig vollzogen. Eine Rückkehr zur Atomkraft hat Bundeskanzler Olaf Scholz kategorisch ausgeschlossen. Gegenüber dem Deutschlandfunk erklärte er Anfang September: „Die Kernkraft ist zu Ende. Sie wird in Deutschland nicht mehr eingesetzt“. Und weiter: „Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd.“

Für Deutschland ist der Atom-Pakt der 22 Nationen die ultimative Demütigung. Die Bundesrepublik erklärte sich über Jahre zum absoluten Vorreiter in Umweltfragen. Im Vorfeld des Weltklimagipfels im vergangenen Jahr erklärte die Staatssekretärin für internationale Klimapolitik, Jennifer Morgan: „Deutschland ist immer noch Vorreiter im Klimaschutz“. Ihre Aussage unterstrich sie vor wenigen Tagen noch einmal. Deutschland würde in Sachen Klimapolitik vorangehen, „weil wir umsetzen“, so Morgan gegenüber dem ZDF.

Nun zeichnet sich ab, dass Deutschland einen Sonderweg eingeschlagen hat, der das Erreichen der Klimaziele fast unmöglich macht, und vor allem unermesslich finanzielle Mittel kostet. Auf einer diesjährigen Konferenz zur Atomkraft, der „World Nuclear Exhibition“ (WNE), die erst vor wenigen Tagen stattfand, entlud sich sogar Spott über Deutschland. In der Eröffnungsrede hielt EU-Kommissar Thierry Breton ein Plädoyer für Mini-Atomkraftwerke. Er erklärte, dass ihm die Mini-Atomkraftwerke besonders gefallen, vor allem wenn der Ostwind weht. Damit spielte er auf den deutschen Energiemix bestehend aus Kohle und erneuerbaren Energien an.

<https://apollo-news.net/eu-plant-gesetz-zur-enteignung-von-klimaschaedlichen-autos/> 2.12.2023

EU plant Gesetz zur Enteignung von klimaschädlichen Autos

Die Europäische Kommission plant eine umfassende Verschärfung der Richtlinie über Altfahrzeuge. Wer sein Fahrzeug nicht zur Verschrottung freigeben will, dem drohen strafrechtliche Konsequenzen. Die EU rechnet dadurch mit Mehreinnahmen in Milliardenhöhe.

Im September 2000 wurde die EU-Richtlinie über Altfahrzeug verabschiedet. Nun soll die Richtlinie „überarbeitet“ werden. Im Sommer dieses Jahres legte die Europäische Kommission ein entsprechendes Papier vor. Die Regelung soll den Staat ermächtigen, künftig Fahrzeuge zu beschlagnahmen und zu verschrotten.

Die renommierte schwedische Automobilzeitschrift Teknikens Värld berichtete Mitte November von den neuen Plänen der Europäischen Union. Demnach enthalte die Richtlinie eine Reihe von Vorschriften, die den Fahrzeughaltern auferlegt werden. Unter anderem wird klar festgelegt, wann ein Auto als Altfahrzeug gilt und folglich verschrottet werden muss. Wird ein Fahrzeug mehr als zwei Jahre verfristet nicht zur obligatorischen Hauptuntersuchung gebracht, gilt das Auto bereits als Altfahrzeug.

.....

Ziel der Europäischen Union ist es, an die wertvollen Ressourcen der Altfahrzeuge zu kommen. Mit diesen will man die Automobilindustrie in

ihrem Wandel hin zu elektrobetriebenen Motoren fördern. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident für den europäischen Grünen Deal, erklärte hierzu: „In den nächsten Jahren werden immer mehr emissionsfreie Fahrzeuge auf den Markt kommen, wodurch die Nachfrage nach wertvollen Rohstoffen steigen wird.“

<https://www.welt.de/wirtschaft/article248843284/Krankenhausgesellschaft-Bis-zu-80-Klinik-Insolvenzen-in-Deutschland-2024.html> 6.12.2023

Bis zu 80 Klinik-Insolvenzen in Deutschland im Jahr 2024

Dieses Jahr haben bereits 33 Klinikstandorte Insolvenz angemeldet, sagt der Chef der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Im kommenden werde es noch weit schlimmer kommen, prophezeit er – und fordert vom Bund Soforthilfen.

Der Chef der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Gerald Gaß, fürchtet für das nächste Jahr bis zu 80 Insolvenzen von Kliniken. Dieses Jahr hätten bereits 33 Klinikstandorte Insolvenz angemeldet, sagte Gaß der „Rheinischen Post“. Bis Jahresende werde die Zahl noch steigen. Mit Blick auf das Jahr 2024 fuhr er fort: „Wir fürchten, dass dann weitere 60 bis 80 Häuser in die [Insolvenz](#) gehen.“ Als Gründe nannte er einen anstehenden Anstieg der Personalkosten um zehn Prozent sowie weiterhin höhere Energiepreise als vor Beginn des Krieges in der Ukraine. Gaß forderte vom Bund Soforthilfen.

Bund und Länder handeln aktuell eine Krankenhausreform aus. Pläne sehen vor, das Vergütungssystem der Kliniken mit Pauschalen für Behandlungsfälle zu ändern, um sie von finanziellem Druck zu immer mehr Fällen zu befreien. Künftig sollen sie 60 Prozent der Vergütung allein schon für das Vorhalten von Leistungsangeboten bekommen.

https://amp.focus.de/finanzen/news/riesige-preisdifferenz-aus-fuer-preisbremse-warum-sie-jetzt-auf-ihre-strom-rechnung-schauen-muessen_id_255733404.html 1.12.2023

Warum Sie jetzt auf Ihre Strom-Rechnung schauen sollten

Ab Januar 2024 ist Schluss mit den Preisbremsen. Für Gas, Strom und Fernwärme müssen Haushalte in Deutschland dann den vollen Preis

bezahlen. Ursprünglich sollte die Obergrenze bis Frühjahr 2024 gelten.

Vielen Haushalten droht jetzt ein Strom-Chaos.

Eigentlich sollten die Energiepreisbremsen bis zum Frühjahr dauern. So hätten Haushalte über den Winter bei ihren Strom-, Gas- und Wärmekosten [sparen](#) können. Doch der Bundesregierung fehlen nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts viele Milliarden Euro in der Haushaltsplanung. Viele Entlastungs-Maßnahmen werden im Zuge dessen nun gestrichen, [so auch die Preisbremsen](#).

Ab 1. Januar 2024 müssen Verbraucher also mit Mehrkosten bei Strom, Gas und Fernwärme rechnen. Besonders betroffen sind Altverträge. Diese sind wesentlich teurer. Besonders bei Strom liegt die Preisdifferenz zwischen Alt- und Neuvertrag [in manchen Städten bei 20 Cent pro Kilowattstunde!](#) Ende November zahlten Kunden bei einem Altvertrag 46 Cent pro Kilowattstunde. Neukunden wiederum nur 26 Cent, so das Vergleichsportal Verivox.

Stromchaos droht - das müssen Haushalte jetzt tun

Fällt die Strompreisbremse, kommen ganz neue Abschlagszahlungen auf die Haushalte zu. Passt der Energieversorger diese nicht rechtzeitig an, droht Ende 2024 eine Nachzahlung. Es lohnt sich also, den eigenen Vertrag dringend zu überprüfen. Ein Strompreis-Chaos droht auch, weil Haushalte durch den Wegfall der Preisbremse und die vielen Neukunden-Rabatte auf dem Markt unterschiedliche Tarife erhalten. Sind sie schon länger bei einem Anbieter unter Vertrag, zahlen sie ab Januar 2024 deutlich mehr. Wechseln sie kurzfristig zu diesem Anbieter, zahlen sie in vielen Fällen weniger.

Haushalte müssen drei Preise kennen: Den Arbeitspreis mit Preisbremse, den Arbeitspreis ohne Preisbremse und schließlich den günstigsten Anbieter. Nur so lässt sich feststellen, ob sich ein Wechsel lohnt oder nicht.

<https://www.berliner-zeitung.de/news/sportscheck-stellt-insolvenzantrag-wie-geht-es-fuer-den-sportartikelhaendler-weiter-li.2164016> 30.11.2023

Insolvenz von SportScheck: Wie geht es für den Sportartikelhändler weiter?

Der bekannte Sportartikelhändler SportScheck ist zahlungsunfähig. Damit ist auch die geplante Übernahme eines britischen Modehändlers hinfällig. Die Signa-Tochter SportScheck ist insolvent. Der Sportartikelhändler mit bundesweit 34 Filialen und rund 350 Millionen Euro Jahresumsatz teilte am Donnerstag mit, nach dem [Insolvenzantrag der Signa-Holding](#) sei SportScheck zahlungsunfähig. Die Geschäftsleitung werde im Laufe des Tages beim Amtsgericht München ein Insolvenzverfahren beantragen.

Die im Herbst angekündigte Übernahme von SportScheck durch den britischen Modehändler Frasers Group werde jetzt zwar „erst einmal nicht vollzogen werden; Frasers hält jedoch weiter an seinen Übernahmeplänen fest“, teilte das Unternehmen mit. Weitere potenzielle Investoren hätten Interesse an der Übernahme von SportScheck bekundet, der Prozess sei nun wieder offen. „Dies stimmt SportScheck zuversichtlich, einen neuen starken Partner zu finden, der dem Unternehmen langfristig Stabilität zusichert.“

<https://www.nius.de/Wirtschaft/wir-haben-uns-dort-15-mal-abgesichert-die-scholz-fingerabdruecke-auf-dem-benko-crash/30296af3-0148-4cf3-a4fd-4501f8703bc1> 30.11.2023

„Wir haben uns dort 15-mal abgesichert“: die Scholz-Fingerabdrücke auf dem Benko-Crash

Immobilienmogul René Benko ist pleite: Seine Signa Holding mit den mehr als 1000 Unterfirmen hat beim Handelsgericht in Wien Insolvenz angemeldet. Damit wackelt auch das milliardenteure Elbtower-Projekt in Hamburg. Brisant: Der heutige Bundeskanzler Olaf Scholz hatte damals seine Finger im Spiel.

Es war eine der letzten Amtshandlungen von Olaf Scholz, damals Erster Bürgermeister von Hamburg, als er im Februar 2018 den Zuschlag für das Großprojekt Elbtower verkündete. Scholz sprach von einem „schönen, eleganten Haus“. 245 Meter hoch sollte der Elbtower sein und somit zum

dritthöchsten Gebäude Deutschlands werden. „Die Menschen sollen sagen: Das hat Olaf Scholz gut gemacht“, ließ sich der heutige Bundeskanzler bereits ein Jahr früher zitieren.

Mehr noch: Scholz betonte, kurz bevor er ins Bundesfinanzministerium nach Berlin wechselte, wie finanzstark Benkos Gruppe sei und wie sehr die Stadt Hamburg sie vertraglich zur Erfüllung ihrer Bauherrenpflichten gebunden habe: „Wir haben uns dort 15-mal abgesichert“, sagte Scholz. Jetzt ist Benkos Signa Holding pleite. Seit Oktober tut sich nichts mehr auf der inzwischen 100 Meter hohen Baustelle. Es sollen Rechnungen von Baufirmen in Höhe von 37 Millionen Euro ausstehen, wie die [Zeit](#) berichtet. Zwar versichert die Stadt Hamburg, dass es „keine vertragliche Verbindung zwischen der Käufergesellschaft des Elbtowers und der Signa Holding GmbH“ gebe. Deshalb habe die Firmen-Pleite auch „keine unmittelbaren Auswirkungen auf das bestehende Vertragsverhältnis zwischen der Stadt Hamburg und der Käufergesellschaft“.

Problem ist nur, dass die Signa Prime Selection AG, eine Tochter von Benkos Pleite-Holding, über eine Objektgesellschaft das Elbtower-Grundstück von der Stadt Hamburg erworben hat. Es ist erwartbar, dass auch die zahlreichen Tochter- und Objektgesellschaften nach und nach Insolvenz anmelden werden, um zum Teil der Insolvenzmasse des Mutterkonzerns zu werden, um dann verkauft werden zu können, um dann wiederum die Milliardenschulden der Muttergesellschaft abzubauen.

.....